

Wir brauchen ein anderes Steuersystem

Hätten wir nicht das Steuersystem, das wir haben, und jemand würde es heute vorschlagen, wir würden an seinem Verstand zweifeln. In einer Situation, in der Arbeitsplätze knapp sind und Millionen unter Arbeitslosigkeit leiden, Arbeitsplätze auch noch durch Steuern staatlicherseits zu verteuern – was wäre das für eine abwegige Idee! Aber es ist keine Idee, sondern die uns vertraute Realität. Wie bei vielen anderen realen Dingen, die vom dichten Schleier der Gewohnheit eingehüllt sind, erkennt unser Verstand die Absurdität nicht. Unser Steuersystem ist doppelt widersinnig: Es wird durch den Staat verteuert, was in unser aller Interesse nicht verteuert werden darf: die lebendige Arbeit, die erneuerbare Ressource schlechthin, und es wird nicht (hinreichend) verteuert, was in unser aller Interesse durch den Staat verteuert werden sollte: der Verbrauch, die „Vernutzung“, die Belastung unserer bedrohten und nichterneuerbaren Lebensgrundlagen. Der Staat braucht Steuern – ohne jede Frage. Aber anstatt aus dieser Not eine Tugend zu machen, indem er sich die Steuern so beschafft, dass er gleichzeitig damit seine eigentliche Pflicht erfüllt, macht er es genau umgekehrt: er macht aus der Not ein Laster, sein Steuersystem ist eine einzige massive Pflichtverletzung. Und alles, was immer wieder als „große“, „tiefgreifende“, „umfassende“ Steuerreform oder gar „Steuerstrukturreform“ von den politischen Akteuren gefordert, angekündigt oder (besonders vor Wahlen) versprochen wird, läuft bestenfalls darauf hinaus, Stolpersteine, Hindernisse, bürokratische Hürden auf einem falschen Weg aus dem Weg zu räumen. Auch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise, durch die der Marsch ins Stocken geraten ist, erweitert nicht den Horizont. Nirgendwo vernehme ich aus dem Mund der „Verantwortlichen“ Zweifel an der eingeschlagenen Richtung. Alles Denken und Trachten ist darauf gerichtet, den Zug wieder in Bewegung zu bringen.

Es sind gespenstige Steuerdiskussionen, mit denen unsere Gesellschaft nun schon seit vielen Jahren regelmäßig überzogen wird. Alles dreht sich um die leeren Staatskassen oder die „Ankurbelung der Wirtschaft“. Experten, Politiker, Kommentatoren reden sich die Köpfe heiß über „Steuersenkung“, „Gegenfinanzierung“, „Subventionsabbau“, „Eingangs- und Spitzensteuersätze“, „kalte Progression“ usw. Und bei all dem kommt die entscheidende Frage gar nicht vor: ob unser Steuersystem in eine wünschenswerte Richtung steuert. Und wo völlig zu Recht eine Vereinfachung des Steuersystems gefordert wird, ist alles, was vorgeschlagen wird, Lichtjahre von der Vereinfachung entfernt, die möglich wäre und so nahe liegt.

1.1 Steuern hin zu einer nachhaltigen Entwicklung

Allein der Gedanke, dass der Staat in eine bestimmte Richtung zu steuern versucht, löst bei vielen Misstrauen oder gar Entrüstung aus. Ist das nicht der totalitäre Staat, der die bessere Zukunft zu kennen meint und der Gesellschaft aufoktroziert? Welche Anmaßung! Glaubt der Staat, den Prozess der Evolution kraft eigener Weisheit aussetzen zu können? Dieser so grundlegend scheinende Einwand hat wenig Substanz. Denn erstens steuern Steuern immer, und warum dann nicht in eine Richtung, in der die Engpässe, Risiken, Spannungen abnehmen? Zweitens lässt Steuerung über Steuern Spielraum für das Individuum: Es muss für die Verwirklichung bestimmter Wünsche einen höheren finanziellen Preis entrichten; der totalitäre Staat schließt durch Repression aus, was nicht in sein Konzept passt. Und drittens – und das ist der entscheidende Punkt - soll in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gesteuert werden, und das heißt ja gerade, Zukunft offen zu halten. Wer das für den Gipfel der Freiheit hält, sich in immer aussichtslosere Abhängigkeiten und Zwänge treiben zu lassen, bitte schön!

Eine scheinbar naive Vorfrage: Was soll eigentlich die Steuer auf Arbeit?

Steuern werden für die öffentlichen Aufgaben erhoben, die für das Zusammenleben in einem Gemeinwesen unerlässlich sind. Es ist aber der Mensch als *Arbeitender*, der alle diese öffentlichen Leistungen erbringt, denn es ist Arbeit, durch die Verwaltung organisiert, Kinder unterrichtet, Straßen gebaut werden usw. Muss der Mensch als *Arbeitender* auch noch einen Teil seines Lohnes abtreten, um diese Dinge zu finanzieren, die er durch seiner Hände Arbeit schafft? Wäre es allein von der „inneren Logik“ her nicht einleuchtender, wenn die Steuern für die öffentlichen Aufgaben vom Menschen als *Verbraucher* erbracht würden, also von demjenigen, der die Ergebnisse von Arbeit als Nutznießer in Anspruch nimmt?

Für alle Kosten, die dem gekauften Produkt selbst zugeordnet werden können, gibt es da nach marktwirtschaftlicher Logik keine Zweifel. Das sind vor allem die Kosten, die durch Ressourcenverbrauch, Emissionen und sonstige Belastungen der Umwelt im Zusammenhang mit Entwicklung, Herstellung, Vertrieb usw. des Produkts entstehen. Es ist völlig in Ordnung, dass Energiesteuern, Emissionsabgaben, Transportsteuern und dergleichen (s.u.) an den Verbraucher im Produktpreis weitergegeben werden. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von öffentlichen Leistungen, die zwar einem einzelnen Produkt nicht direkt zugeordnet werden können, ohne die aber der Verbraucher nicht in den Genuss dessen käme, was er sich wünscht. Ohne ein gutes Bildungssystem z.B. gäbe es keine guten und erschwinglichen Produkte. Von daher ist es in sich stimmig, dass beim Kauf irgendeines Produkts zusätzlich eine allgemeine Steuer erhoben wird, wie es in Form der sog. Mehrwertsteuer ja auch geschieht. Die Mehrwertsteuer könnte als eine Art „infrastruktureller Preis“, als ein pauschaler Preisaufschlag für Systemleistungen, die dem Verbraucher zugute kommen, gedeutet werden. In unserem System ist also in Form der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchssteuern bereits zu einem Teil realisiert, was der „inneren Logik“ entspricht, dass der Mensch als *Verbraucher* die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren hat. Die institutionellen Mechanismen der Steuereintreibung existieren bereits. Warum also nicht konsequent sein und die Arbeit ganz von der Steuer befreien? Dort „gehört“ - selbst wenn man von der anachronistischen Fehlsteuerung absieht, die von dieser Steuer ausgeht (s.u.) - einfach keine Steuer hin!

Steuern auf Umweltverbrauch und -belastung statt auf Arbeit

So irrwitzig es vielleicht klingen mag: Ein Steuersystem hat nicht in erster Linie gerecht zu sein¹, sondern vernünftig zu steuern, d.h. einer wünschenswerten Entwicklung zu dienen.

Im alten Amsterdam, wo der Bauplatz entlang der Wasserläufe knapp war, mussten die Hausbesitzer eine Steuer bezahlen, die sich nach der Breite der Vorderfront bemaß. Die Folge: Es wurden schmale hohe Häuser gebaut, die der Besucher noch heute an den Grachten bewundern kann. Jedem leuchtet unmittelbar ein, dass es in dieser Situation widersinnig

¹ Es ist gerade der Wille zu einer möglichst perfekten Steuergerechtigkeit, der zur Wucherung des deutschen Steuersystems geführt hat, bei dem schließlich die Steuern, die einer tatsächlich zahlt, weniger von den steuerpflichtigen Tatbeständen (im wesentlichen heute vom Einkommen) abhängt als vielmehr vom „Geschick“, diese Tatbestände zu verstecken bzw. Schlupflöcher im überkomplizierten System zu finden. Und da dieses „Geschick“ proportional zur Einkommenshöhe zu wachsen scheint, haben viele den Eindruck, dass der am wenigsten Steuern bezahlt, der das höchste Einkommen hat. Es zeigt sich an diesem Beispiel einmal mehr - was generell für alle Wertgesichtspunkte gilt -, dass zu stark auf die Erfüllung *eines* Wertes ausgerichtete Anstrengungen nicht nur andere Werte verletzen, sondern letztendlich diesen Wert selbst. Zu viel Freiheit „schluckt“ Freiheit, zu viel Sicherheit „schluckt“ Sicherheit, zu viel Gerechtigkeit „schluckt“ Gerechtigkeit.

gewesen wäre, die Haussteuer z.B. nach der Geschoßhöhe zu bemessen und dadurch die an sich schon vorhandene Knappheit noch künstlich zu verschärfen. Doch so unsinnig handelt unser Staat. In einer Situation hoher, und zwar schon jahrzehntelang anhaltend hoher und wachsender Arbeitslosigkeit, in einer Situation, in der offensichtlich Arbeitsplätze knapp sind, werden die Arbeitsplätze auch noch durch Steuern künstlich verteuert!

Diese Verteuerung bedeutet zusätzlichen Druck auf den Faktor Arbeit: Rationalisierungsdruck - was nicht immer eine intelligentere, kräftesparende Arbeitsorganisation und effektivere Technik bedeutet, sondern vielfach einfach mehr Hetze, Überlastung, Knochenarbeit für die Arbeitenden. Doch damit nicht genug. Durch die Verteuerung der Arbeit werden alle Überlegungen, Anstrengungen, Aktivitäten, den Kostenfaktor Arbeit zu minimieren, nicht nur in den Unternehmen selbst verstärkt, sondern auch in den vorgelagerten Bereichen von Forschung und Entwicklung. Die Besteuerung der Arbeit begünstigt systematisch eine Entwicklungsrichtung des technischen Fortschritts, bei der Arbeit immer knapper wird. Das ganze Ausmaß der Fehlsteuerung wird jedoch erst deutlich, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass mit der politischen Verteuerung der Arbeit eine politische Verbilligung (Subventionierung) solcher Faktoren einhergeht, die bei der Substitution von Arbeit benötigt werden oder anfallen (Energie, Umweltbelastung, Transport). Das gegenwärtige Steuersystem nimmt die 'lebendige Arbeit'² gleichsam von zwei Seiten in die Zange.

Diese Situation ist historisch bedingt. Die Besteuerung der Arbeit ist das Erbe, das uns aus einer Zeit überkommen ist, in der andere technische und soziale Bedingungen herrschten. In früheren Zeiten, in denen der Engpass darin bestand, dass die Arbeitskraft nicht ausreichte, die (materiellen) Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, also nicht Mangel an Arbeit, sondern Mangel an Gütern bestand, mag es sinnvoll gewesen sein, den Fortschrittsprozess dergestalt zu steuern, dass sich die Arbeitsproduktivität möglichst rasch erhöhte, d.h. mit weniger Arbeit mehr produziert werden konnte.³ (Früher brauchte man jede Hand, um dem Mangel abzuweichen. Heute braucht man möglichst viele gierige Mäuler. Eben weil es bei den Waren keinen Engpass gibt, hämmert uns eine milliarden schwere Reklame unablässig ein, dass alles was wir heute haben und konsumieren, nicht ausreicht, um glücklich zu sein).

Die Situation in den reichen Industrienationen ist heute dadurch gekennzeichnet, dass mit der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft mehr Produkte produziert werden können als benötigt werden (bzw. unter den herrschenden Bedingungen absetzbar sind). Gleichzeitig werden die Grenzen bei der Beanspruchung unserer natürlichen Lebensgrundlagen immer offensichtlicher, und es wäre dringend notwendig, das Potential des technischen Fortschritts vorrangig auf dieses Problem zu lenken. In dieser Situation, an der alten Form der Besteuerung festzuhalten, ist widersinnig und macht alles schlimmer. [Unser derzeitiges Steuersystem begünstigt einen technischen Fortschritt, den man nur noch als gesellschaftliche Fehlleistung bezeichnen kann.](#)

² Die (wie ich meine) erhellende Bezeichnung 'lebendige Arbeit' für die menschliche Arbeitskraft im Unterschied zur technischen mag aus der marxistischen Wirtschaftstheorie stammen. Es sollte sich niemand daran stoßen, der diese Theorie mit guten (oder schlechten) Gründen ablehnt.

³ Damit soll keineswegs einer verbreiteten Auffassung das Wort geredet werden, nach der das Elend vergangener Zeiten im wesentlichen als das Ergebnis zu niedriger Arbeitsproduktivität anzusehen ist, woraus sich dann die Konzentration der Anstrengungen auf die technische Seite des Fortschritts - verstanden als unbedingte Steigerung der Effektivität der Arbeit - rechtfertigen lässt. Man könnte sehr wohl Armut und Elend in einem weitaus größeren Maße im Zusammenhang sehen in den Verwüstungen und Verschwendungen durch Kriege, Unterdrückung, Misswirtschaft, Luxus und Protzerei der Reichen u.ä. und insofern überzeugt sein, dass soziale Veränderungen mehr Aufmerksamkeit als technische verdient hätten - und in Zukunft verdienen.

Es gibt zudem organisatorische Gründe, die in der Vergangenheit die Lohnsteuer bzw. überhaupt personenbezogene Steuern nahe legten. In einer noch nicht voll arbeitsteiligen Gesellschaft, in der die Landbevölkerung, die bis ins 19. Jahrhundert hinein den größten Teil der Bevölkerung ausmachte, weitgehend unmittelbar vom Ertrag ihrer Arbeit lebte, mussten sich die „Herren“ schon an diesen Arbeitsertrag halten, um sich den von ihnen beanspruchten Teil zu sichern (z.B. in Form des „Zehnten“). Es gab zwar schon früh so etwas wie „Verbrauchssteuern“, die nicht personenbezogen waren (z.B. in Form von Zöllen), aber damit wären viele unbesteuert geblieben. Aber auch in der arbeitsteiligen Gesellschaft, in der praktisch jeder irgendwo kaufen muss, was er verbraucht, war die Einkommenssteuer eine praktikable Methode für den Staat, an Einnahmen zu kommen. An jeden Vorgang von Warenkauf lückenlos eine Steuer zu knüpfen, wäre noch vor einigen Jahrzehnten extrem aufwändig gewesen. Im Zeitalter technischer Datenverarbeitung existieren für Verbrauchssteuern jedoch elegante Möglichkeiten. Auch unter diesem Aspekt ist die personenbezogene Steuer ein Anachronismus.

Die Verteuerung von Arbeit ist wie gesagt nur die eine Seite der Fehlsteuerung, die andere ist die Verbilligung anderer Faktoren für die Produktion wie Energie, Rohstoffe, Nutzung der Umwelt als Abfalldeponie. Diese Faktoren werden subventioniert.

Wieso subventioniert? Zumindest bei der Energie scheint das absolut nicht einzuleuchtend zu sein. Der Staat belastet mit seinen Steuern doch die Energie zusätzlich. Ohne Mineralöl- und Ökosteuern wäre Energie deutlich billiger.

Nun, *ein* Schritt in die richtige Richtung führt noch nicht zum Ziel. Wir beanspruchen die natürlichen Lebensgrundlagen, sei es als großes ‚Materiallager‘, aus dem man sich an Energie und Rohstoffen holt, was man braucht, sei es als ‚Trägersubstanz‘ oder ‚Bauunterlage‘ für Fabriken, Einkaufszentren, Autobahnen usw., sei es als ‚große Müllkippe‘ (als ‚Senke‘ als ‚großes Loch‘), in die man alles wirft, was man nicht (mehr) braucht. Die Kosten dafür werden bislang nur teilweise dem Produzenten bzw. dem Produkt zugerechnet und im Preis des Produkts vom Nutznießer, dem Konsumenten, bezahlt. Große Teile der Kosten werden vom Steuerzahler, vom Krankenversicherten, Hausbesitzer, Landwirt usw. getragen oder einfach der Nachwelt überlassen. „Abfälle“ (Abwärme, Müll, Emissionen, Lärm u.a.) verschwinden eben nicht einfach spurlos im ‚großen Loch‘, sondern richten allerlei Schäden an (an der Gesundheit von Menschen, an landwirtschaftlichen Böden, an der Gebäudesubstanz usw.), für die andere aufkommen müssen. Solange hier noch keine „Kostenehrlichkeit“ erreicht ist, d.h. solange die Politik zulässt, dass diese Kostenabwälzung stattfindet, oder wie die Ökonomen sagen, die externen Kosten nicht (in ausreichendem Maße) internalisiert sind, solange ist es richtig zu sagen: diese „Produktionsfaktoren“ werden (indirekt) subventioniert. Hinzu kommen alle möglichen subventionierenden Zusatzleistungen des Staates vor allem zur Sicherung der Energiebereitstellung: steuerbegünstigte Investitionskredite, Forschungsförderung, Ausgaben für die militärische Sicherung der Erdölversorgung, für die innere Sicherheit (z.B. für Polizeieinsätze im Zusammenhang der Kernenergienutzung), Duldung der Unterversicherung der Kernkraftbetreiber und vieles andere.

Die Öko-Steuer ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wenigstens ein Teil der Kosten eines Produkts, die Unbeteiligte tragen müssen, wird jetzt dem Nutznießer des Produkts zugeordnet, wie es der marktwirtschaftlichen Logik entspricht. Kostenehrlichkeit ist das aber noch lange nicht. Und – das sei ausdrücklich betont – eine vollkommene Kostenehrlichkeit bzw. Internalisierung externer Kosten wird niemals erreicht werden und muss es auch nicht (s.u.).

Wird hier der Arbeitsvernichtungseffekt durch billige Energie nicht überschätzt? Ist das nicht Schnee von gestern? Wir befinden uns in der zweiten industriellen Revolution, und da wird die Arbeit im Wesentlichen durch technische Informationsverarbeitung substituiert. Und die fällt dank Miniaturisierung rohstoff- und energiemäßig immer weniger ins Gewicht.

Die Herstellung der mikroelektronischen Bausteile selbst, aber auch der Werkbänke, Roboter usw., in die sie eingebaut werden, ist mit beträchtlichem Naturaufwand verbunden. Aber das ist hier nicht der Punkt. Die Verringerung der Kosten für die Arbeit bei gleichzeitiger deutlicher Verteuerung der Naturbelastung würde auch Einsatz und Entwicklung des Faktors Information verschieben (selbst wenn dieser als solcher durch die Steuerreform kostenmäßig wenig verändert wird) – er würde insgesamt weniger (schnell) zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und mehr (und schneller) zur Steigerung der Energieproduktivität, zur Reduzierung von Abfällen, Abgasen, Lärm usw. eingesetzt werden, einfach weil es sich so herum mehr lohnt. Ähnliches gilt für alle Ressourcen. Durch ihre Verteuerung mittels Ressourcensteuer würde ein Trend hin zu reparaturfreundlichen Produkten ausgelöst, was den Arbeitsbedarf wachsen lässt und nicht die Müllhalden. Und dieser Trend würde zusätzlich durch Umweltbelastungssteuern verstärkt.

Der herrschenden Mentalität erscheint es natürlich absurd, ausgerechnet die Energie künstlich zu verteuern. Sie meinen, dass die von allein schneller teurer werden wird, als uns lieb ist und die Wirtschaft verkraften kann. Aber gerade deshalb sollten wir uns mit einer Gegenstrategie beeilen. Indem wir durch Steuern eine vorzeitige Verteuerung künstlich erzeugen und die Erhöhung der Energieeffizienz ökonomisch beschleunigen, werden uns die späteren Energiepreiserhöhungen weniger hart treffen. Der entscheidende Vorteil: die Mittel aus der Energiesteuer fließen in unsere öffentlichen Haushalte und können nach *unseren* Vorstellungen eingesetzt werden, z.B. um Energieeffizienz oder erneuerbare Energie gezielt zu fördern (womit wir gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen!). Warten wir immer nur, bis der Energiepreis auf den Weltmärkten steigt, dann werden mit dem Geld, das wir mehr bezahlen müssen, krass gesagt Ölscheichs oder russische Oligarchen sich noch mehr goldene Paläste bauen. Es gibt Politiker, die fordern angesichts steigender Energiepreise die Senkung der Energiesteuern. Das würde die Wirtschaft und den Verbraucher entlasten. In der Tat – kurzfristig entlasten und gleichzeitig tiefer in die hohe Energieabhängigkeit treiben. Mir fällt zu solchen Vorschlägen keine bessere Charakterisierung ein als das alte Wort „Torheit“.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist nur das eine Ziel

Nicht nur wegen der Arbeitslosigkeit brauchen wir ein anderes Steuersystem. Verschwendung, Umweltzerstörung, Verkehrswahnsinn, Klimawandel bedrohen die Zukunft, auch wenn wir Vollbeschäftigung hätten. Es geht nicht nur um den Substitutionseffekt bei der Arbeit, sondern um die Reduzierung ökologischer Belastungen als solche. Nicht nur die Energieproduktivität in der Wirtschaft muss erhöht werden, sondern die Energieeffizienz im gesamten Lebensvollzug, beim Wohnen, bei der Nahrungszubereitung, Mobilität usw.

Immer noch herrscht die Vorstellung, dass sich ökologische und soziale Ziele widersprechen. Überwindung der Arbeitslosigkeit? Natürlich ein großes und dringendes Ziel! Abmilderung der Folgen des Klimawandels? Natürlich ein großes und dringendes Ziel! Aber beides zusammen?? - In Wahrheit liegen beide Ziele auf demselben Weg. Und nicht nur diese. Durch Abbau der Energie- und Rohstoffabhängigkeit entstehen neue politische Handlungsspielräume im nationalen bzw. europäischen Raum. Verharren wir auf dem hohen Niveau der Abhängigkeit, weil wir das als unabänderlich hinnehmen, werden wir auch

weiterhin dem Wettkampf um die Exportweltmeisterschaft ausgeliefert bleiben (den wir mit tödlicher Sicherheit verlieren!).

Ist es wirklich unser Schicksal, uns der Allmacht eines ungezügelter Wettbewerbs zu unterwerfen, anstatt uns dagegen aufzulehnen und nach Wegen zu größerer Unabhängigkeit zu suchen? Offizielle „Lehrmeinung“ ist, dass „wir als energie- und rohstoffarmes Land“ ‚nun mal‘ extrem vom Export abhängig sind. Zugleich heißt es in dem Zusammenhang, dass Intelligenz die bei uns reichlich vorhandene Ressource sei, die wir nutzen müssten. Dann nutzen wir sie doch als erstes, unseren Energie- und Rohstoffverbrauch massiv zu reduzieren! Das wäre zugleich ein riesiges Arbeitsbeschaffungsprogramm. Mit diesbezüglichen Technologien hätten wir sogar große Exportchancen, aber von diesen Exporten wären wir dann gar nicht mehr so tödlich abhängig. Wenn wir wenigstens halb so viel Kraft und Zielstrebigkeit darauf verwendeten, vernünftige begrenzende Bedingungen für den internationalen Wettbewerb zu entwickeln und unseren Binnenmarkt zu stärken, wie darauf, in einem ungezügelter globalen Wettkampf nicht abgehängt zu werden!

Wachstum - die Lösung des Arbeitslosenproblems?

Wenn die Arbeitsproduktivität steigt, d.h. mit weniger Arbeit(szeit) immer mehr produziert werden kann, dann gibt es vordergründig zwei Möglichkeiten: man verkürzt die Arbeitszeit oder man konsumiert mehr. Seltsamerweise scheint man heute die erste Möglichkeit (anders als in der ersten Phase nach der Währungsreform) aus den Augen verloren zu haben und ganz auf die zweite Möglichkeit zu setzen.⁴ *Können* wir mehr produzieren, *müssen* wir eben mehr konsumieren! Diese Rechnung kann ab einem gewissen Konsumniveau nicht aufgehen - allein deshalb, weil der Konsum, der nötig wäre, die unablässige Steigerung der Arbeitsproduktivität auszugleichen, alle sozialen und ökologischen Grenzen sprengen würde. Selbst Nullwachstum auf hohem Niveau ist auf die Dauer unwahrscheinlich. Nullwachstum bedeutet, dass Jahr für Jahr die gleiche Menge an Gütern und Dienstleistungen erzeugt wird. Auch Nullwachstum, wenn das Niveau zu hoch ist, übersteigt irgendwann die Aufnahmekapazität von Küchen, Wohnstuben, Vorgärten, Garagen bzw. die Bereitschaft der Menschen, das Erworbene schnell wieder der Müllabfuhr zu überlassen. Exponentielles Wachstum würde bedeuten, dass jedes Jahr umso mehr dazu kommt, je mehr schon vorhanden ist. Eine absolute Illusion! Das ist so illusorisch wie die Hoffnung, ein Läufer könne umso schneller laufen, je steiler der Weg wird.

Nichtsdestotrotz propagieren alle Politiker aller politischen Farben verzweifelt die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum.⁵ Sie glauben aber selber nicht an die wirkliche Tragfähigkeit ihres Konzepts. Wenn man genauinhört, merkt man, wie kleinlaut sie letzten Endes sind, und dass sie eigentlich nur auf eine Verschnaufpause hoffen. (So viel Sinn für die wirkliche Realität können sich offensichtlich sogar Politiker bewahren). Sie wissen, dass die heiß ersehnten und ständig beschworenen Konjunkturaufschwünge im guten Fall im Saldo vielleicht 500.000 oder meinetwegen auch 1.000.000 Arbeitsplätze bringen, dass sie das Arbeitslosenproblem also nur um 10% bzw. 20% reduzieren oder sollte man besser sagen:

⁴ Wenn es nur diese Wahl gäbe, um den Sockel der Arbeitslosigkeit abzuschmelzen, ist es allemal vernünftiger, die Arbeitszeit zu verkürzen und das knappere Arbeitsvolumen gerechter zu verteilen, als auf Wachstumspolitik zu setzen. Der hier vertretene Ansatz geht eine Stufe tiefer und fragt, ob die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität wie ein Naturereignis über uns kommt, oder ob es nicht möglich ist, eine Form des technischen Fortschritts politisch anzusteuern, der stärker umweltrelevante Produktivitäten erhöht – im Interesse von Arbeit und Umwelt und Gesundheit.

⁵ Wer die massive und profunde Kritik an der Wachstumsorientierung in den 70er Jahren miterlebt hat – die letztlich zur Gründung der „Grünen“ führte -, kann es kaum fassen, wie sie heute mit den Wölfen heulen.

90% bzw. 80% des Problems unberührt lassen. In Ausnahmefällen können es noch ein paar Prozentpunkte mehr werden; zurzeit (2007) erleben wir vielleicht einen solchen, Experten reden vom stärksten Aufschwung der Weltwirtschaft seit 30 Jahren. Auf jeden Fall werden wir beim nächsten Konjunkturabschwung das alte Problem, in verschärfter Form, wieder auf dem Tisch haben.⁶ (Anmerkung Frühjahr 2009: Man musste kein Prophet sein, um das im Jahre 2007 vorherzusagen zu können. Nun ist noch diese unfassbare Finanzkrise hinzugekommen, und welche Arbeitslosenzahlen diese letztendlich produzieren wird, ist auch jetzt noch nicht abschätzbar).

Wachstumspolitik führt in die Irre, weil sie das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen kann. Schlimmer noch: sie verhindert, dass dieses Problem überhaupt ernsthaft angegangen wird.

Es ist grotesk, mit welcher Euphorie Wachstum von Politik und Medien bejubelt wird, wenn es mal unerwartet einigermaßen hoch ausfällt, so als könnte man nun getrost einer rosigen Zukunft entgegenblicken, während man in Wahrheit all das weiter befördert, was die Zukunft bedroht, von der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich bis zur Klimaänderung. Die Wachstumsorientierung produziert laufend dunkle Flecke im öffentlichen Bewusstsein – nicht nur in Bezug auf unsere eigenen Probleme, die wir nicht lösen, sondern erst recht für die Probleme, die für andere daraus entstehen. Wer wagt es z.B. angesichts der Not der Arbeitslosigkeit, Wachstumschancen aufgrund von Rüstungsaufträgen, Waffenexport⁷, Geschäften mit Ländern, in denen die Menschenrechte nichts gelten, rigoros abzulehnen? So stellt sich unsere reiche Gesellschaft ununterbrochen Armutszeugnisse aus: Unfähig, die eigenen Probleme durch vernünftige Steuerung zu lösen, sieht sie sich gezwungen, andere Weltregionen dabei zu ‚unterstützen‘, ihre Probleme auf die denkbar unsinnigste und unmenschlichste Weise zu ‚lösen‘.⁸

Nachtrag zur Vermeidung eines Missverständnisses:

Kritisiert wird hier nicht „Wachstum“ als solches, sondern „Wachstumspolitik“. Illusorisch ist eine Politik, die sich auf Wachstum als Lösungsstrategie ausrichtet. Sie setzt zudem am falschen Ende an. Unter der Ägide der neoliberalen Wirtschaftsideologie meint die Politik, (sinnvolle) Arbeitsplätze entstünden nur, wenn die Wirtschaft wächst, was wiederum nur durch Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen sei. Jenseits der neoliberalen Gedankenwelt, nach der Weltmarkt das A und O des Wirtschaftsgeschehens ist, sind ganz andere Ansätze erkennbar. Warum z.B. nicht direkt Arbeitsplätze schaffen durch öffentliche Investitionsprogramme, die den Binnenmarkt stärken? Durch die Nutzung des heute durch Arbeitslosigkeit brachliegenden Potentials zur Wertschöpfung würde die Wertschöpfung wachsen. Und wenn es sinnvolle Wertschöpfungen wären, die die Menschen zu schätzen wissen und die die Umwelt nicht zusätzlich belasten, sondern im Gegenteil zu ihrer Schonung beitragen (wie z.B. Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz im System oder die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft), dann wäre das ein in mehrfacher Hinsicht wünschenswertes Wachstum. (Inhaltlich unqualifizierte)

⁶ Die zyklusartigen Konjunkturauf- und -abschwünge, die die Arbeitslosigkeit abschwellen und dann wieder anschwellen lassen, bilden ein ganz eigenständiges Problem, was nichts mit dem ständigen Anstieg der Sockellinie der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten zu tun hat. Es handelt sich um Effekte, die mit dem Geldsystem zusammenhängen und die die Sockellinie zackenförmig überlagern. Vgl. dazu Helmut Creutz: Arbeitslosigkeit, in: Humanwirtschaft, 38.Jg., 03/2007, S.28-33

⁷ Für das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gilt Deutschland nach den USA und Russland als der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

⁸ Der Wachstumszwang entsteht nicht nur aufgrund der Arbeitslosigkeit, es gibt eine zweite große Ursache, die mit unserem Zins-Geldsystem zusammenhängt; vgl. „Der Geldfehler und seine Korrektur“ unter www.mueller-reissmann.de.

Investitionsprogramme als solche sind jedoch nicht die Lösung, entscheidend ist, dass die Politik ihren Spielraum nutzt, generell den Rahmen für die Wirtschaft und ihre Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern – wie es hier vorgeschlagen wird.

Wohlstand mit weniger Verkehr und Transport

Die Fehlsteuerung unseres Steuersystems, die einen Fortschrittsprozess begünstigt, der einer systematischen Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung gleichkommt, hat noch eine weitere, verschärfende Komponente. Sie besteht in der Subventionierung des Verkehrs, insbesondere des Warenverkehrs. Sie besteht darin, dass die öffentlichen Hände mehr Gelder in den Ausbau und Erhaltung von Verkehrsinfrastrukturen sowie die Beseitigung der Folgeschäden des Verkehrs stecken, als sie an Kraftfahrzeug- und Treibstoffsteuern einnehmen. Von den Schäden, die Privatpersonen finanziell als Krankenversicherte oder schlicht als Menschen durch alle möglichen Schädigungen, Belästigungen und Behinderungen, Verkehrslärm, Abgase, Zerschneiden von Nahverbindungen, ästhetische Beeinträchtigung usw. tragen, ganz zu schweigen.

Transport und Verkehr wälzen einen Teil der Kosten, die sie verursachen, heute auf die Allgemeinheit ab, nicht nur durch den Energieverbrauch und Emissionen, sondern auch durch mechanische Zerstörungen an den Straßen, durch Belästigung und Gefährdung der Anwohner u.a. Übrigens in Ansätzen zumindest hat die Politik diese Seite der Kostenehrlichkeit in Angriff genommen: mit der Einführung von Mautgebühren. (Wenn sie jedoch verspricht, die Einnahmen hieraus in den Ausbau der Verkehrswege zu stecken, wird erkennbar, dass überhaupt noch nichts begriffen wurde!). Dieser Ansatz muss zu einer regelrechten **Transportsteuer** ausgebaut werden, die den gefahrenen Kilometer als solchen – unabhängig von Treibstoffverbrauch und Emissionen – verteuert, da ja auch der Verkehr als solcher – unabhängig von Treibstoffverbrauch und Emissionen – eine Belastung von Mensch und Umwelt darstellt.⁹ Ich höre förmlich den Einwand, der mir entgegenschallt: Mobilität schafft Wohlstand. Ja, aber nicht nur, sondern verursacht zugleich Kosten, die den Wohlstand schmälern. Was bringt es uns, wenn wir Waren, die Tausende Kilometer über den Globus transportiert werden, ein paar Euro billiger kaufen können als Waren, die hier um die Ecke produziert werden könnten, dafür aber eines Tages im Verkehr ersticken? Und indirekt noch als Steuerzahler dafür zahlen müssen, dass der Transport so billig ist?

Die staatliche Subventionierung von Transport und Verkehr resultiert zunächst aus der allgemeinen (heute und auch in Zukunft richtigen) Vorstellung, dass die Erstellung und Erhaltung geeigneter Infrastrukturen, neben vielen anderen auch der Verkehrsnetze, zu den genuinen Aufgaben des Staates gehören. Hinzu kommt jedoch eine ideologische Verklärung des Warenverkehrs im Rahmen einer bestimmten ökonomischen Theorie, nach der der Austausch von Gütern, der möglichst ungehinderte und großräumige Handel, eine besondere Quelle gesellschaftlichen Reichtums darstellt (vgl. dazu den ergänzenden Artikel „Die Mythologie der Neuzeit – das ideologische Hindernis für ein anderes Steuersystem“ unter www.mueller-reissmann.de). Danach ist es umso besser, je mehr Güter hin und her fließen. Hin und her flutende Transporte sind geradezu die Symbole florierender Wirtschaft (wie früher die „rauchenden Schlote“) - selbst wenn „die gleichen Produkte auf der Autobahn

⁹ Zunächst geht es um den Güterverkehr, später sollte aber das System auch auf den Personenverkehr ausgedehnt werden. Ist das neue Steuersystem mit höheren Energie- und Umweltsteuern und einer ausgebauten Transportsteuer etabliert, kann die heutige Kraftfahrzeugsteuer gänzlich wegfallen. Die technische, unbürokratische Handhabung einer Transportsteuer dürfte im Zeitalter technischer Informationsverarbeitung keine Schwierigkeit sein.

aneinander vorbei fahren“. So wie man begriffen hat, dass der Wohlstand nicht davon abhängt, dass möglichst viel Dreck in die Atmosphäre geblasen wird, so wird man eines Tages begreifen, dass der Wohlstand nicht davon abhängt, dass möglichst viel Waren auf möglichst langen Wegen durch die Welt gekarrt oder geflogen werden.

Wie sieht die Wirkung eines – durch billige Transporte begünstigten - großräumigen Konkurrenzsystems im Blick auf die Arbeitsplatzproblematik aus? Werfen wir einen Blick auf die offizielle Argumentation, die z.B. im Zusammenhang mit der Einführung des Euro immer wieder zu hören war. Es sollten dem innereuropäischen Wettbewerb ein weiteres Hindernis aus dem Weg geräumt werden - im Interesse der Verbraucher, die so in den Genuss der europaweit kostengünstigsten Angebote gelangen würden. Nun können aber unter den derzeitigen Rahmenbedingungen diejenigen Produzenten am kostengünstigsten anbieten, die das vergleichbare Produkt mit weniger (oder schlechter bezahlter) Arbeit erzeugen als ihre Konkurrenten. Das ist und bleibt so, solange die Kosten der Arbeit den Löwenanteil der Produktions- und Verteilungskosten ausmachen. Unter diesen Bedingungen kann der Konsument in Europa nur deshalb auf billigere Angebote hoffen, weil er insgesamt weniger menschliche Arbeit bezahlen muss. Der verschärfte europaweite Wettbewerb wirft die heute noch relativ arbeitsintensiven Produktionsformen aus dem Rennen und/oder erzwingt (noch) intensivere Anstrengungen, Arbeit „freizusetzen“ oder Löhne zu drücken.¹⁰

Fassen wir die Effekte unseres Steuersystems im Blick auf das Arbeitslosenproblem zusammen:

- (1) Die Lohnsteuer, die künstliche Verteuerung der Arbeit, verstärkt den Druck auf den Faktor Arbeit.
- (2) Die künstliche Verbilligung (indirekte Subventionierung) der anderen Produktionsfaktoren begünstigt den Prozess der (direkten und indirekten) Substitution des Faktors Arbeit durch andere Produktionsfaktoren.
- (3) Die künstliche Verbilligung der Transporte (indirekte Subventionierung) vergrößert den Konkurrenzraum, erhöht damit den Konkurrenzdruck und heizt damit unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen den Prozess der Substitution von Arbeit im nationalen und globalen Rahmen weiter an.

Der solchermaßen gesteuerte Prozess der systematischen Arbeitsplatzvernichtung läuft hierbei über vier Schienen:

- über die ‚klassische‘ Substitution von Arbeit durch andere Produktionsfaktoren innerhalb der Unternehmen (Steigerung der Arbeitsproduktivität vor allem durch einen hierauf ausgerichteten technischen Fortschritt und entsprechende Arbeitsorganisation) bzw. das Ausscheiden der weniger arbeitsproduktiven Unternehmen aus dem Rennen;

¹⁰ In der „globalisierten Welt“ - ein Begriff, der Einheit und Gemeinsamkeit in einer Welt klaffender Diskrepanzen und Ungerechtigkeiten vorgaukelt – entsteht hier ein riesiges Problem. Bei ungezügelter Konkurrenz zwischen den Ländern kann sich menschenwürdiger Lohn auf die Dauer nicht gegen rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur und gegen Stundenlöhne von 20 Cent behaupten. Die Transportsteuer allein, selbst wenn sie global Realität würde, kann unter solchen extremen Bedingungen nicht ausreichen, um den Wettbewerb zu „domestizieren“. Das wird sie erst in einer halbwegs gleich entwickelten Welt leisten können. Solange so krasse Unterschiede bestehen, werden weitere begrenzende Regelungen zur „Domestizierung“ des Wettbewerbs und zum Schutz von Binnenmärkten hinzukommen müssen. Es ist jedoch nicht Gegenstand dieses Papiers, hierfür eine umfassende Lösung zu liefern. Die Notwendigkeit, Wettbewerb durch intelligente Regeln zu begrenzen, steht außer Frage. Vor allem ist Wettbewerb zwischen extrem Ungleichen ein Ding der Unmöglichkeit. Ein solcher „Wettbewerb“ ist mehr zerstörerisch als kreativ.

- (heute zusätzlich und vermehrt) über das Wegbrechen ganzer Bereiche und Tätigkeitsfelder, die zu arbeitsintensiv sind und bei denen die ‚klassische‘ Substitution von Arbeit nicht möglich oder zu teuer ist (generelle Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit in weniger arbeitsintensive Bereiche¹¹, Abwälzen von Arbeit auf die Kunden);
- (heute zusätzlich und vermehrt) über Fusionen von Unternehmen;
- (im Zuge der gegenwärtigen Globalisierung vermehrt) über die Verlagerung von arbeitsintensiven Teilen der Produktion in sog. Billiglohnländer.

Nur der erste Punkt verdient überhaupt den Namen „technischer Fortschritt“ (wenn er auch nicht die einzig mögliche und heute schon gar nicht die sinnvollste Form desselben darstellt). Die Brücke oder Straße z.B. wird kostengünstiger (weniger Arbeits-, mehr Energieeinsatz) und humaner (weniger Knochenarbeit, mehr Bagger) gebaut, aber sie wird gebaut. Beim zweiten Punkt, der Verlagerung der Aktivitäten in von vornherein kostengünstigere, weil weniger arbeitsintensive Bereiche, wird der Gesellschaft der Verzicht auf bisherige Angebote zugemutet (Nebenstrecken der Bahn werden stillgelegt, soziale Einrichtungen werden geschlossen, im Bildungsbereich wird gespart, an die Stelle reparaturfreundlicher, qualitätsgesicherter Produkte treten nicht mehr zu reparierende, in Massenproduktion hergestellte Wegwerfartikel usw.). Dienstleistungen für den Kunden verwandeln sich in unbezahlte Eigenleistungen des Kunden, wovon heute jeder in seinem Lebensalltag ein Lied singen kann. Bei der Fusion wird der Wegfall von Arbeitsplätzen nicht eigentlich durch technischen Fortschritt oder durch verbesserte Arbeitsorganisation erzielt, sondern durch eine Art Masseneffekt (der allerdings technischen Fortschritt zur Voraussetzung hat). Wenn z.B. zwei Banken fusionieren, die vorher in einer Stadt je eine Filiale hatten, so geht es jetzt mit einer Filiale (die Mitarbeiter sind besser „ausgelastet“, die Kunden warten etwas länger in der Schlange oder greifen auf Bankautomaten und Onlinebanking zurück). Und schließlich die Verlagerung in Billiglohnländer hat schon gar nichts mit technischen Fortschritt und Steigerung der Arbeitsproduktivität zu tun, denn hier wird nicht Arbeit gespart, sondern an den Arbeitenden gespart.

Ein Steuersystem, das Arbeit zusätzlich verteuert und Energie, Umweltbeanspruchung und Transport billig hält, erweist sich als wirkungsvolles und systematisches Instrument der Arbeitsplatzvernichtung. Es klingt vor diesem Hintergrund wie ein Hohn, wenn die Politik die Überwindung der Arbeitslosigkeit als ihre vordringlichste Aufgabe bezeichnet. Anstrengungen und Programme laufen ins Leere, solange die Politik mit ihrem wirksamsten Instrument, dem Steuersystem (Steuer kommt von Steuern!), ununterbrochen in die falsche Richtung steuert.

Wenn hier die Rolle des falsch steuernden Steuersystems beim Versagen des Staates in der Arbeitslosenfrage so sehr betont wird, heißt das nicht, dass sein Versagen nur darin besteht. Die falsche Steuer bildet die grundlegendste und zugleich am wenigsten auffallende Ebene des Versagens, einfach weil sie schon lange existiert. Zu dieser anachronistischen, gewohnheitsmäßigen Fehlsteuerung kommen unter dem Einfluss der neoliberalen Ideologie heute ganz neue Aktivitäten des Staates hinzu, die ebenfalls systematisch Arbeitslosigkeit erzeugen: die Projekte der Globalisierung, Privatisierung und Deregulierung.¹² Die alte

¹¹ Wolf von Fabek nennt diese indirekte Substitution im Unterschied zur konventionellen Rationalisierung die „neue Arbeitsplatzvernichtung“; vgl. dazu W. von Fabek: Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit – Aber wie? (hrsg. Von Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., www.sfv.de)

¹² Vgl. dazu im ganzen Martin/Schumann: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt, Reinbek 1998, vor allem S.185ff zum Thema Deregulierung.

Fehlsteuerung und die neuen Beschleuniger ergeben zusammen erst das richtige tödliche Gemisch, das der ‚lebendigen Arbeit‘ den Garaus macht.

„Politische Preise“ oder „kostenehrliche Preise“?

Steuern auf das gesellschaftlich Unerwünschte - auf Ressourcenverbrauch, Umweltbelastung, (unnötige) Transporte – sind richtig, Steuer auf das Erwünschte - auf die Arbeit - sind falsch. Wird damit nicht der Markt unterlaufen und staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet? Hatten wir so etwas Ähnliches nicht im Ostblock? Lebensmittel wurden künstlich billig gemacht, Luxus künstlich teuer? Und wer bestimmt hier letzten Endes über wen und schreibt wem vor, was gut und richtig ist? Dazu ist zunächst dreierlei zu sagen:

- Ein System *auch* politischer Preise haben wir immer. Denn politisch gesetzte Rahmenbedingungen entscheiden immer über die Kosten der Produktionsfaktoren mit. Entscheidend ist nur - und hier liegt der unaufgebbare Unterschied zur ehemaligen Ostblockwirtschaft -, dass die Preisbildung der Waren über einen Markt geregelt wird. Für die Funktionsweise des Marktes ist es gleichgültig, woher die Kosten kommen – solange sie hinreichend verlässlich sind und Planungssicherheit gewährleistet ist.
- Wenn Steuern unvermeidlich Steuern, ist es allemal besser, das Unerwünschte zu besteuern als das Erwünschte.
- Das neue Steuermodell ist weniger willkürlich als das jetzige System, denn es läuft auf eine *größere* Kostenehrlichkeit hinaus, die der „Philosophie“ der Marktwirtschaft entspricht.

Es ist nicht akzeptabel, dass ein großer Teil der Kosten, die bei Entwicklung, Produktion und Vertrieb eines Produkts *systematisch, andauernd* und in *beträchtlichem Maße* anfallen, nicht vom Nutznießer des Produkts getragen werden, sondern auf andere abgewälzt wird. Absolute und automatische Kostenehrlichkeit ist jedoch eine Illusion. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Vorwegnahme von zukünftigen Knappheiten (bei den Ressourcen oder der Belastbarkeit der Umwelt). Dass es ‚ehrlicher‘ ist, sie in der Gegenwart zu berücksichtigen (durch entsprechende Steueraufschläge) als sie nicht zu berücksichtigen, sollte eigentlich nicht strittig sein, aber die Höhe der Vorwegnahme bleibt eine erkenntnistheoretische, ethische und politische Streitfrage. Angesichts der hohen Komplexität der ökologischen Zusammenhänge, in die das wirtschaftliche Handeln eingebettet ist, und unseres äußerst begrenzten und unsicheren Wissens über zukünftige, sich möglicherweise rasch zuspitzende Problemlagen ist es sicher weniger falsch, vorsorgend „zu viel“ als sorglos „zu wenig“ oder gar nichts zu tun, um ökonomische Anstrengungen zur Ressourcenschonung bzw. Schadensvermeidung politisch zu forcieren. Nach dem „Vorsorgeprinzip“ sind zu hohe ökologische Steuern vernünftiger als zu niedrige. Dass sich die Anstrengungen zur (technischen) Energieeinsparung oder Emissionsvermeidung ständig am umweltökonomischen „Optimalpunkt“ bewegen (d.h. immer so weit getrieben werden, bis die Grenzkosten für die Vermeidung einer „Schadenseinheit“ gerade den Grenzschaten dieser Einheit zu übersteigen beginnen), ist angesichts der unabwiesbaren Dringlichkeit des Nachhaltigkeitsziels völlig sekundär und zudem (vor allem wegen des begrenzten Wissens über die Schadenskosten auch bei den Verantwortlichen, die über die Höhe der ökologischen Steuersätze bestimmen) auch gar nicht erreichbar.

Es macht letztlich wenig Sinn, das Konzept „kostenehrliche Preise“ gegen „politische Preise“ auszuspielen. Es ist die Pflicht des Staates, im Interesse des Allgemeinwohls für *größere* Kostenehrlichkeit zu sorgen. Dazu muss er jene Faktoren mit Steuern belasten, die ‚von

allein' nicht die Marktkraft haben, sich hinreichend 'teuer zu verkaufen' - die staatlich zu unterstützenden Schwachpunkte sind vor allem Umwelt und Nachwelt. Die 'lebendige Arbeit' hingegen hat eine hinreichend starke Stimme¹³, um ihren Preis durchzusetzen. In Ländern, wo das aufgrund fehlender Demokratie und Rechtssicherheit nicht der Fall ist, ist es die Aufgabe des Staates, diesen Mangel politisch zu überwinden, Gewerkschaften zu unterstützen, Streikrecht, Meinungs- und Redefreiheit zu garantieren usw.

Aber letztlich kommt es nicht auf „Kostenehrlichkeit“, umweltökonomische „Optimalpunkte“, höchstmögliche „ökonomische Effizienz“ u.ä. an. Die Kritik an der Steuerung der Entwicklung durch Steuern läuft ins Leere, wenn sie auf die Unmöglichkeit einer perfekten Strategie für eine „kostenehrliche“ oder ökonomisch optimale Besteuerung zielt. Der Mangel, der erkannt wird, ist weniger problematisch als die Illusion einer perfekten Strategie (wie sie die herrschende Ökonomie im Glauben an die optimale Selbststeuerung eines möglichst deregulierten Marktes zu besitzen meint(e) – jedenfalls bis zur derzeitigen großen Krise). Nicht „Kostenehrlichkeit“ oder „ökonomische Effizienz“ entscheiden über unsere Zukunft, sondern die Frage, ob insgesamt in eine gesellschaftlich wünschenswerte Richtung gesteuert wird.¹⁴

Die finanziellen Auswirkungen auf den Verbraucher

Bedeutet die neue Besteuerung, dass der Arbeitende keine Lohnsteuer mehr bezahlt (also mehr Geld in der Tasche hat), dafür aber an der Ladenkasse mehr bezahlen muss, weil die Produkte durch die darin enthaltenen Energiesteuern usw. teurer werden? Beim Arbeiter, dessen Lohnsteuer wegfällt, bestünde also ein Ausgleich, die anderen, z.B. Rentner, wären die Gekniffenen der Steuerreform, oder?

Ein grobes doppeltes Missverständnis! Erstens führt das neue Steuersystem nicht zu einer generellen Erhöhung der Produktpreise, und zweitens würde es den Sinn der Steuerreform unterlaufen, wenn man die Lohnsteuer, die man heute an den Staat abführt, an den Arbeiter auszahlt. Damit würde sich der Kostenfaktor Arbeit ja nicht verbilligen.

¹³ Genauer sollte man heute sagen: „hatte eine hinreichend starke Stimme“ in Form der Gewerkschaften. Im Zuge des globalisierten Marktes wird diese Stimme schwächer und schwächer. Die Erpressung zum Verzicht auf gute Löhne und andere Errungenschaften wächst. Doch diese „Realität“ kann und muss verändert werden.

¹⁴ Das hier vertretene Konzept einer Besteuerung ökologischer Faktoren sollte nicht mit der Erwartung befrachtet werden, eine perfekte Strategie zur Lösung der Umweltprobleme zu sein. Es geht nur darum, die Schubkräfte des ökonomischen Handelns stärker in Richtung Nachhaltigkeit zu zwingen. Ich würde hier lieber von einer „ökologischen Krücke“ sprechen, und so wenig, wie eine Krücke den unperfekten Lauf zu einem perfekten macht, macht die ökologische Besteuerung das unperfekte ökonomische Kalkül zu einem perfekten. Ganz grundsätzlich ist zu sagen: Ein (vom seinem Prinzip her eindimensionales!) Kalkül wie das ökonomische kann von vornherein keine perfekte Lösung bieten angesichts der Mehrdimensionalität der Umweltprobleme, der nichtlinearen ökologischen Wirkungszusammenhänge, der verzögerten Wirkungen durch Pufferung, Synergieeffekte, der unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Bedrohungen der Ökosysteme an verschiedenen Orten usw. und vor allem unserer sehr eingeschränkten und unsicheren Kenntnisse über das alles. Zur Kritik an der begrenzten ökologischen „Treffsicherheit“ aller rein umweltökonomisch ausgerichteten Strategien (Steuerkonzepte, handelbare Umweltzertifikate) vgl. Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung, Gauke, Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2008. – Mit dem Besteuerungskonzept ist selbstverständlich auch nicht die Vorstellung verbunden, dass es als Steuerungsinstrument im Umweltbereich selbstgenügsam ist. Nichts spricht dagegen, es durch andere und differenziertere Instrumente, z.B. ordnungspolitische, z.B. Verbote von besonders giftigen Stoffen, wenn nötig zu ergänzen.

Eine Verschiebung der Kosten bei den Produktionsfaktoren durch das neue Steuersystem kann für die Wirtschaft insgesamt kostenneutral sein, die Steuerreform muss keinen Einfluss auf die durchschnittlichen Produktpreise haben. Denn in den heutigen Produktpreisen steckt ja auch die Lohnsteuer. Wenn die für das Unternehmen als Kostenfaktor wegfällt und etwa in gleichem Rahmen die anderen Kosten der Produktion steigen, müssten die Produkte im Durchschnitt überhaupt nicht teurer werden. Entscheidend ist, dass innerhalb der Produktion eine Verschiebung der Kostensignale erfolgt. Natürlich – und das ist im Sinne des Erfinders – würden manche Produkte (die energie-, rohstoff-, wasser-, umwelt-, transport-, lärmintensiven) teurer und andere (die arbeitsintensiven) billiger. Der Verbraucher bekommt dadurch auch mehr Einfluss auf die Entwicklung der natürlichen und sozialen Umwelt. Wenn er ökologisch und sozial vernünftig konsumiert, kann er wirksamer (als das heute der Fall ist) Steuern sparen. Die Steuerreform verändert das Anreizsystem also auch für den Verbraucher und verbreitert seinen Mitbestimmungsspielraum. Nicht durch einen guten Steuerberater spart man dann Steuern, sondern durch eine nachhaltige Lebensform!

1.2 Einkommensteuer - generell der falsche Weg?

Bisher haben wir nur von der Lohnsteuer gesprochen, d.h. von der Steuer auf die Arbeit unselbständig Beschäftigter. Wenn aber eine Steuer auf diese Art der Arbeit keinen Sinn macht, wie steht es mit der Steuer allgemein auf Einkünfte aus Arbeit? Man kann doch nicht das eine Einkommen von der Steuer befreien, das andere wie bisher besteuern? Das wäre in sich widersprüchlich. Aber warum eigentlich den utopischen Schritt nicht wagen und die Einkommensteuer generell in Frage stellen? Ist sie nicht eine Steuer, die Leistung, „Tüchtigkeit“, „Fleiß“, „Kreativität“ bestraft bzw. als eine solche empfunden wird? Ist es unter dem Aspekt der Leistungsmotivation eine vernünftige Gewohnheit, wenn der Staat immer dann die Hand aufhält, wenn einer erfolgreich ist? Wie oft habe ich schon die Rede gehört: „Warum soll ich mich anstrengen? Wenn ich mehr verdiene, rutsche ich in einen höheren Steuersatz, und von dem, was ich hinzugewinne, geht ein Großteil gleich an den Staat“. Gerade für die Leistungsträger im Mittelfeld der Gesellschaft ist das nicht gerade leistungsfördernd.

Die Idee einer Gesellschaft ohne Einkommensteuer muss geradezu als Affront gegen „linkes“, an der Gerechtigkeit orientiertes Engagement erscheinen. Extrem rechte Parteien wie le Pens Front National in Frankreich fordern drastische Reduzierungen der Einkommensteuer, die weniger extremen Konservativen fordern zumindest deutliche. Hier soll sie ganz verschwinden? Doch bevor man den Beifall von der falschen Seite fürchtet (bzw. dort zu klatschen beginnt), sollte man sich die Zielrichtung des Konzepts hier vergegenwärtigen. Die Reichen sollen nicht noch ungehinderter ihren Reichtum steigern können, eine Voraussetzung dafür ist eine Besteuerung, in der sich das „große Geld“ weniger der Steuer entziehen kann als heute. Und außerdem ist das neue Steuersystem Teil einer umfassenderen Systemveränderung mit dem Ziel, dass sich das „große Geld“ nicht mehr automatisch in immer weniger Händen konzentriert.¹⁵ Wenn wir uns also auf das Gedankenexperiment eines un versteuerten Einkommens einlassen und mit verschiedenen Einwänden konfrontieren, so muss vorweg klar sein: wir reden nur vom Einkommen *aus Arbeit*.¹⁶ Unternehmerische Tätigkeit gehört selbstverständlich zur Arbeit. „Einkommen auf Vermögen“ - sei es aus Geldvermögen (Zins), sei es aus Privatbesitz an Grund und Boden (Bodenzins) – gehören in

¹⁵ Vgl. „Das Geld und die Frage der gerechten Verteilung unter www.mueller-reissmann.de.

¹⁶ Zu diesem würde als Sonderfall auch das Einkommen aus Vermietung gehören. Einkommen aus Aktien (Renditen) blieben wie auch die Unternehmergewinne un versteuert; Spekulationsgewinne wird es - durch Instrumente in der Art einer Tobin-Steuer - seltener geben.

eine andere Problemkategorie. Hier bietet nicht eine andere Form der Besteuerung, sondern nur die Änderung des Geldsystems und der Bodenordnung eine tragfähige Lösung.

Unbesteuerte Einkommen - eine riesige Ungerechtigkeit?

Ich gebe zu, zunächst erschien auch mir die Idee, von der gewohnten Vorstellung einer Einkommensbesteuerung ganz Abschied zu nehmen, ziemlich abenteuerlich. Doch warum eigentlich? Wenn das Einkommen der Gegenwert dessen ist, was der Einkommensbezieher für die Gemeinschaft leistet, warum sollte die Gemeinschaft ihm einen Teil des Einkommens vorenthalten, indem sie auf das Einkommen eine Steuer erhebt? **Wenn jedoch jemand ein Einkommen bezieht, für das er praktisch nichts oder viel zu wenig für die Gemeinschaft leistet, dann stellt sich doch eine ganz andere Frage als die nach einer gerechten Einkommensbesteuerung. Dann stellt sich die Frage nach der Berechtigung dieses Einkommens!**¹⁷

Aber kann man so die Frage nach einer gerechten Besteuerung einfach beiseite schieben? Ist es nicht zumindest in Bezug auf große Einkommen zutiefst ungerecht, diese nicht zu besteuern? Es heißt zu Recht, wer breitere Schultern hat, soll auch mehr schultern. Würden durch ein System indirekter Steuern nicht die Reichen geschont?

Erstens und grundsätzlich: Mit dem Wegfall/Abbau der Einkommensteuer werden die Einkommen nach Marktlogik sinken. Unternehmen, die durch die Umweltsteuern höher belastet werden, müssen den Spielraum zur Kostensenkung bei den Einkommen nutzen.

Zweitens: Wer viel verdient, verbraucht (in der Regel) auch viel. Indem er mehr Güter und Dienstleistungen in Anspruch nimmt, bezahlt er alle inhärenten Verbrauchssteuern, aber er zahlt auch mehr an Mehrwertsteuer. Das würde aber vermutlich dem normalen Gerechtigkeitsempfinden nicht genügen, denn einem solchen Verfahren läge keine Steuerprogression zugrunde. Der Vielverdiener hätte den gleichen Steuersatz wie der Geringverdiener und das auch nur auf den Teil seines Einkommens, den er in Konsum umsetzt. Der Vielverdiener kann einen großen Teil seines Einkommens anlegen und dafür bezahlt er keine Verbrauchssteuern. Untere Einkommensschichten, kinderreiche Familien, die praktisch ihr gesamtes Einkommen verbrauchen müssen, wären die Verlierer.

Bezogen nur auf die Mehrwertsteuer ist dieser Einwand nicht zu entkräften. Das Konzept fußt aber aus guten Gründen nicht auf der Erhöhung der Mehrwertsteuer (s.u.). Kern des neuen Steuersystem ist es nicht, Verbrauch als solchen undifferenziert und pauschal zu versteuern, sondern qualitativ gezielt Energie-/Rohstoff-/Wasser-Verbrauch, Umweltbelastung und Verkehr. Wenn man davon ausgeht – und man kann im Regelfall davon ausgehen –, dass mit dem Einkommen die Energie-, Rohstoff-, Umwelt-, Verkehrsintensität des Lebensstils steigt (große, oft mehrere Wohnungen, große Küchen und trotzdem häufiges Außer-Haus-Essen, große und schnelle Autos, weite und häufige Reisen, besonders Flugreisen, häufiger Genuss exotischer, viel Wasser verbrauchender, weit transportierter Produkte, Bevorzugung edler und seltener Materialien usw.), dann käme beim Konsum durchaus eine Steuerprogression ins Spiel, und zwar eine, der man kaum durch Steuerberater entgehen kann: die gleichsam natürliche, inhärente Steuerprogression unterschiedlicher Lebensstile.

¹⁷ Ohne Wenn und Aber gilt das für jedes „Einkommen auf Vermögen“, aber auch für die horrenden Einkommen von Spitzenmanagern.

Was den Teil des Einkommens betrifft, den die Einkommensstarken anlegen, so mögen sie dafür zwar Steuern bezahlt haben, aber sie „verdienen“ damit Geld, das letztlich die bezahlen, die ihr ganzes Einkommen für den Konsum ausgeben. Dieser andauernde und wachsende Transfer von Arm nach Reich untergräbt nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft – ein Problem, das ganz unabhängig von der Steuerfrage gelöst werden muss (s. „Das Geld und die Frage der gerechten Verteilung“).

Und schließlich sollte man eine Reform der Mehrwertsteuer in Angriff nehmen – so dass der halbe (bzw. geringere) Steuersatz tatsächlich für Lebensnotwendiges, Grundnahrungsmittel, gesunde und ökologisch vernünftige Produkte gilt, also für all das, was z.B. kinderreichen Familien dient. Und wem das nicht reicht, der kann über besondere Mehrwertsteuersätze bei Luxusgütern nachdenken.

Und die Körperschaftssteuer – Einkommensteuer der Unternehmen?

Nach der inneren Logik des Systems muss auch diese Steuer, gewissermaßen die „Einkommensteuer juristischer Personen“ wegfallen. Schon heute provoziert diese Steuer zu Gewinnverschleierung und Steuerhinterziehung bzw. zur legalen Ausnutzung von Gesetzeslücken, vor allem durch die Schaffung schier wahnwitziger Firmenkonglomerate, schon heute kommt der Staat nur teilweise in den Genuss dieser Steuer. Oder ist es nicht der Hauptzweck solch undurchsichtiger Strukturen, den Zugriff des Staates auf die ihm gesetzlich zustehenden Steuern zu erschweren? In einem System ohne Einkommensteuer macht die Körperschaftssteuer vollends keinen Sinn. Die Unternehmen würden bei drohendem Gewinn einfach die Bezüge der Manager und/oder die Renditen der Aktionäre erhöhen.

Wer Angst hat, dass im neuen System exorbitante Gewinne entstehen, die dann nicht versteuert werden müssen, sei daran erinnert, dass in der Marktwirtschaft Gewinne (erstens) von der Funktionsfähigkeit des Warenwettbewerbs und (zweitens) von Arbeitskämpfen abhängen. Wenn man heute zu Recht feststellen muss, dass der Warenwettbewerb mit allen möglichen Marketingtricks unterlaufen wird und die Gewerkschaften in eine immer schwächere Position geraten, so scheint mir die rationalere Antwort darauf zu sein, sich politisch dieser Entwicklung entgegenzustemmen, als wegen ihr vor einer vernünftigen Steuerreform zurückzuschrecken. Das wäre doppelte politische Resignation.

1.3 Für und wider ein Steuersystem, das nur den Verbrauch besteuert

Außer dem entscheidenden Punkt - Hinsteuern auf eine nachhaltige Entwicklung - gibt es eine Reihe weiterer positiver Effekte für Lebensqualität und Demokratie:

Vorteil 1: Die neue Übersichtlichkeit

Kultursoziologen und andere Beobachter der Postmoderne konstatierten eine „neue Unübersichtlichkeit“ in Bezug auf fast jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens; das gegenwärtige deutsche Steuersystem könnte man sarkastisch als besonders „postmodern“ bezeichnen und das neue Modell demgegenüber getrost als „Rückfall in die Steinzeit“.

Der ganze unsägliche bürokratische Aufwand, der im Zusammenhang mit der Lohn- und Einkommensteuer steht, fällt einfach weg! Man stelle sich vor: **Niemand mehr muss jemals wieder eine Steuererklärung ausfüllen!** Der ganze Wust der „Steuergeschenke“, Steuervergünstigungen und -privilegien, Ausnahmeregelungen - gegenstandslos! Was kann

man heute nicht alles „absetzen“ - und je mehr man „verdient“, desto mehr kann man „absetzen“! Als wir uns ein altes Haus in der Oberlausitz kauften, konnten wir die Telefongespräche absetzen, die nötig waren, um den Hauskauf zu tätigen! 20.000 Steuerparagrafen soll es in Deutschland geben. Selbst Steuerexperten sind überfordert. Wen wundert es, wenn bei jeder Veränderung wieder Ausnahmeregelungen erforderlich sind, und dann wieder Ausnahmen bei den Ausnahmen? Weil niemand mehr durchblickt, führt jeder Versuch der Verbesserung zu neuen Zusatzregelungen – eine Art Selbstorganisation der Unübersichtlichkeit. Angesichts der monströsen Kompliziertheit des jetzigen Steuersystems bleibt vielen nur noch der Gang zum Gericht, Rechtsstreitereien mit dem Finanzamt, die sich oft jahrelang hinziehen, sind die Folge, weil auch die Richter nicht durchblicken. Für die Unternehmen ist diese bürokratische Last im wahrsten Sinne des Wortes kontraproduktiv.

Der Steuerexperte Prof. Kirchhoff z.B. hält ein für den Bürger unverständliches Steuersystem für nicht verfassungskonform. Damit hat er zweifelsohne Recht. Er schlägt vor, 163 Steuerprivilegien abzuschaffen. Doch kann das die Lösung sein, die zur notwendigen Vereinfachung führt? Es steht zu fürchten, dass jede Streichung drei Ausnahmen haben wird, und am Ende kann der Experte gegen $3 \times 163 = 489$ Privilegien zu Felde ziehen. Was macht jedoch ein Einkommensteuerexperte ganz ohne Einkommensteuer? Aber, so mag sich der Skeptiker fragen, ist diese neue Besteuerung, die Arbeitslosigkeit überwinden soll, nicht zugleich ein gewaltiges Arbeitsplatzvernichtungs-Szenario? Heerscharen von Steuerbeamten, Steuerberatern, Steuerfahndern, Steuerrichtern, Steuerexperten usw. wären überflüssig!

In der Tat, und welch ein Gewinn an Lebensqualität für Millionen von Bürgern! Keine Vergeudung von Zeit und Nerven mehr durch das Sammeln von Belegen und das Ausfüllen von Formularen! Wie viel Wutanfälle blieben uns erspart! Das ganze Steuerproblem erledigte sich von allein mit jedem Einkauf. - Selbst wenn das neue Steuersystem keine Arbeitsplätze und keine Entlastung der Umwelt brächte, wenn es nicht die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit umsteuerte, allein der Bürokratieabbau wäre die Sache wert. Und die mentale Reinigung der Köpfe von der Suche nach allem, was man von der Steuer „absetzen“ kann, als Zugabe.

Mit der Abkehr von der personenbezogenen Steuer fällt die Notwendigkeit weg, persönliche Daten im Zusammenhang der Steuer zu erheben. Für den *Verbraucher* benötigt man nicht die neue 10stellige Steueridentifikationsnummer, die jetzt jeder *Bürger* mit seiner Geburt bekommen und ihm 20 Jahre über seinen Tod hinaus erhalten bleiben soll, man benötigt überhaupt keine Steuernummer!¹⁸ Das Datenschutzproblem, das im Zusammenhang mit der geplanten zentralen Steuerdatei an Aktualität gewinnt, ist bei einer Verbrauchssteuer gegenstandslos. Und der Demokratie gäbe es womöglich auch noch Auftrieb, wenn aus dem „Steuerbürger“, der sich dem „Zugriff“ vonseiten des Staates nach Kräften zu entziehen sucht, ein wirklicher Staatsbürger würde, der sich aus freien Stücken für seinen Staat engagiert.

Bringen die neuen Steuern nicht neuen Bürokratismus? Nun, die organisatorischen Konzepte und Strukturen zur steuerlichen Belastung des Verbrauchs existieren (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Ökosteuern; Mautsystem usw.). Sie bringen keinerlei bürokratische Belastung für den Endverbraucher. Auch für die Wirtschaft, bei der ja nicht nur bürokratische Belastung

¹⁸ Wenn es noch eines Beweises bedarf, dass ein nicht personenbezogenes Steuersystem noch gänzlich außerhalb des Horizontes der verantwortlichen Akteure liegt, die Einführung der neuen „Steueridentifikationsnummer“, die für die nächsten Jahrzehnte gedacht ist, liefert ihn. Die herrschende politische Elite tut, was für sie typisch ist: gesellschaftlich anachronistische Konzepte (informations)technisch zu modernisieren. Wie oft machen gerade die „Innovationen“ offenkundig, wie eng und vernagelt der Horizont der „Innovateure“ ist.

im Zusammenhang der Löhne, sondern auch bei der eigenen Gewinnermittlung (z.B. der Aufwand mit den unterschiedlichen Abschreibungszeiten für verschiedene Investitionen, Maschinen, Geräte usw.) entfällt, dürfte kein nennenswerter neuer Aufwand entstehen, wenn in den Bilanzierungen ein paar neue Posten für die Emissionsabgaben auftauchen. Die Energie- und Rohstoffsteuern stecken ohnehin bereits in den Preisen der jeweiligen Vorprodukte.¹⁹

Erhöhung der Mehrwertsteuer – die Patentlösung?

Warum nicht den ganz großen Schnitt und nur noch eine Steuer: die Mehrwertsteuer?

Steuerprobleme durch Mehrwertsteuererhöhungen zu lösen, geht in die falsche Richtung. Mehrwertsteuer belastet nämlich, wie das Wort sagt, den durch Arbeit geschaffenen Mehrwert, nicht jedoch das, was die Natur bietet. Die Mehrwertsteuer verteuert also letztlich die Arbeit relativ zur Naturbeanspruchung bei der sog. Faktorauswahl. „Je höher die Mehrwertsteuer ist, desto mehr lohnt es sich, Natur ‘auszubeuten’“²⁰. Diese Wirkung der Mehrwertsteuer muss durch die spezifischen Steuern auf Umweltfaktoren überkompensiert werden, wenn das ganze Steuersystem Sinn machen soll. Und außerdem würden wie gesagt die Einkommensschwachen, die ihr ganzes Geld verbrauchen müssen, am stärksten belastet.

Vorteil 2: Weniger Chancen zur Steuerhinterziehung

Hunderte Milliarden an deutschen Schwarzgeldern liegen heute im Ausland: im Wesentlichen aus hinterzogener Einkommenssteuer. Dieser Tatbestand ist umso ärgerlicher, als es sich hier größtenteils um Gelder von Reichen handeln dürfte, die dank guter Steuerberater ohnehin alle Schlupflöcher des Gesetzes nutzen und ihre Einkommensteuer legal drücken können. Dieser Tatbestand dürfte zusätzlich auf die allgemeine Steuermoral negative Rückwirkungen haben („Die Ehrlichen sind die Dummen, und ich werde doch nicht der letzte Dumme sein!“).

Bei Verbrauchssteuern dürfte Steuerhinterziehung schwieriger sein. (Wo sie dennoch passiert, ist die kriminelle Energie offensichtlicher; entsprechend sollte die Ahndung härter sein). Aber wird nicht auch die Mehrwertsteuer hinterzogen? Handwerker bieten nicht selten Leistungen schwarz, der Kunde kriegt keine Rechnung und spart die Mehrwertsteuer. In der Tat, doch das funktioniert, weil der Handwerker dadurch auch einen Vorteil hat: er spart die Steuer auf seinen Gewinn. Möglichkeiten, die Mehrwertsteuer zu hinterziehen, bestehen heute auf der Basis einer Kumpanei zwischen Anbieter und Verbraucher. Indem mit dem Wegfall der Einkommensteuer beim Anbieter der Anreiz wegfällt, dem Verbraucher „entgegenzukommen“, entsteht auch hier mehr Steuerehrlichkeit. Das heißt: durch den Wegfall der Einkommensteuer wird sogar die Steuerhinterziehung bei der Mehrwertsteuer geringer.

Ein Problem besteht, solange international keine einheitlichen Regelungen existieren. Verbrauchssteuern würden den Anreiz erhöhen, bestimmte Waren im Ausland zu kaufen. Auslandsreisen als eine Form der Steuerhinterziehung? Warenschmuggel als Massensport? Erstens setzt der zeitliche Aufwand Grenzen. Und zweitens dürfte es schwerer sein, Waren zu

¹⁹ Allerdings gäbe es Arbeit für die Wissenschaft, diese Abgaben nach Maßgabe von Knappheit, funktionellem Wert und Unersetzlichkeit der Ressourcen bzw. der Unverträglichkeit der Emissionen für Umwelt und Gesundheit zu bestimmen, wobei man mit den schwerwiegendsten und bekanntesten bzw. am besten untersuchten Problemfällen beginnt.

²⁰ E.U.v.Weizsäcker (Hg.): Umweltstandort Deutschland. Argumente gegen die ökologische Phantasielosigkeit, Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, 1994, S.64

verschieben als Geld, weil Warenströme irgendwie doch in der Realität stattfinden und nicht rein buchungstechnisch abgewickelt werden können wie Geldströme. Und drittens würde der Spaß am Geschäft ein wenig dadurch geschmälert, dass im neuen System Verkehr und Transport nicht mehr subventioniert werden: Ein Teil der Steuern, die man zu sparen gedenkt, würde man als Mautgebühr und im höheren Treibstoffpreis bezahlen.

Vorteil 3: Schwarzarbeit - kein Thema mehr

Ein weiterer unschätzbare Vorteil wäre, dass - unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass auch die Finanzierung der sozialen Sicherheit nicht mehr an die Arbeit gekoppelt wäre²¹ - auch die Schwarzarbeit gegenstandslos wäre. Eine Steuer, die es nicht gibt, kann auch nicht hinterzogen werden. Niemals mehr müssten wir uns die Klagen anhören, dass jährlich viele Milliarden durch Schwarzarbeit dem Fiskus entgehen und wie aussichtslos der Kampf gegen die wachsende Schwarzarbeit sei usw. Der entscheidende Punkt wäre, dass es für niemanden mehr einen Anreiz gibt, jemand schwarz zu beschäftigen. Jeder, der arbeiten würde, wäre automatisch eine ganz normaler Arbeitender. Welcher Gewinn an Freiheit, welche Vereinfachung, welche „Entkriminalisierung“ der Arbeitswelt! Mit dem Modell des Doppeltkassierens (Arbeitslosengeld oder -hilfe + Schwarzarbeit) wäre es auch vorbei.

Allein die „wundersame“ (und dabei so rationale und nahe liegende) „abgabentechnische“ Verwandlung von Schwarzarbeit in Arbeit würde die Arbeitslosigkeit deutlich reduzieren. Vom dynamischen Effekt des neuen Steuersystems (und Sozialsystems) ganz abgesehen.

Vorteil 4: Arbeit degeneriert nicht länger zum Job

Mit dem Wegfall von Steuern und Abgaben auf die Arbeit wäre auch die ganze Diskussion um geringfügige und kurzfristige Arbeitsverhältnisse gegenstandslos (einschließlich der heute völlig berechtigten Klage darüber, dass der Staat durch Förderung von Minijobs die Unternehmen geradezu lockt, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in mehrere Minijobs aufzuteilen). Wenn die Arbeit insgesamt offiziell von der Last der Steuern und der sozialen Sicherheit befreit würde, wären alle Versuche, sich auf illegale und unsoziale Weise dieser Last zu entledigen, gegenstandslos. Dem Trend hin zu den sog. „Minijobs“, ja, generell zu „Jobs“, d.h. zu flüchtigen Arbeitsverhältnissen ohne soziale Sicherheit, wäre die Basis entzogen. In Bezug auf die von der Wirtschaft so vehement geforderte Flexibilität der Arbeit wäre man ein gutes Stück weiter, ohne dafür soziale Sicherheit preiszugeben. Zugleich wäre dem Widerstand gegen Teilzeitarbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung generell vonseiten der Unternehmer ein (zum Teil berechtigtes) Argument abhanden gekommen (geringere Arbeitszeit, aber nicht im gleichen Maße geringere soziale und bürokratische Belastung durch den Arbeitsplatz). Die Arbeitszeit könnte ganz leicht den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen angepasst werden – eine konkrete Verbesserung von Lebensqualität.

Vorteil 5: Leiharbeit verliert seine Grundlage

Das neue Steuersystem würde also den Faktor Arbeit nicht nur im rein monetären Sinn massiv entlasten, sondern auch vom Ballast der Bürokratie befreien. Das Gleiche gilt für die anderen Nebenkosten der Arbeit. Der ganze Wust an Regelungen, die heute mit dem Faktor Arbeit verbunden sind (man werfe dazu nur einen Blick auf eine beliebige Lohnabrechnung),

²¹ Das ist ein Thema für sich, das gleichermaßen angepackt werden muss; vgl. „Ein anderes Sozialsystem“ www.mueller-reissmann.de, in Bearbeitung.

verursacht für die Unternehmen nicht nur zusätzliche monetäre Organisationskosten, sondern macht ihn zu einem „ärgerlich“ komplizierten Faktor. Im neuen System fällt die ganze Belastung und damit das Hauptmotiv für die Unternehmen weg, die Organisation all dessen, was mit dem Arbeiter als Bürger und Mensch zu tun hat, ‚auszulagern‘ und damit Spezialfirmen zu betrauen und den Arbeitenden nur noch als flexibel einzusetzende Arbeitskraft zu sehen. Leiharbeitsfirmen wären die Grundlage entzogen. Alles, was heute die Leiharbeit den Unternehmen an Vorteilen bietet, würde die Arbeit gewissermaßen als solche besitzen. Und auf alles, was heute die Leiharbeitsfirma dem Arbeitenden bietet bzw. was ihn veranlasst, diese entwürdigende Rolle anzunehmen, ist der Arbeitende im neuen System nicht mehr angewiesen. Soziale Sicherheit ist anders organisiert (s. „Ein anderes Sozialsystem“, in Bearbeitung).

Es drängen sich natürlich viele skeptische Fragen an ein so ungewohntes, neues Konzept auf:

Fallen mit der Einkommensteuer nicht sinnvolle Differenzierungsmöglichkeiten weg?

Mag in dem Wegfall eines Teils der „1000 Steuervergünstigungen“, die historisch überkommen und nicht mehr der gegenwärtigen Problemlage entsprechen oder überhaupt nur das Ergebnis schamloser Lobbyarbeit mächtiger Interessengruppen sind, ein großer Vorteil liegen, allein schon aus Transparenzgründen, so fiele doch zugleich eine Reihe nach wie vor gesellschaftlich wünschenswerter Differenzierungen weg.

Nehmen wir den **Familienstand**, wahrscheinlich der wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang, gleich als Beispiel. Heute bezahlt ein verheirateter, alleinverdienender Familienvater deutlich weniger an Einkommensteuer als etwa ein kinderloser Unverheirateter. Nun zeigt sich aber heute schon, dass das System der politisch gewollten Begünstigungen bestimmter Gruppen nicht über Steuernachlässe bei der Einkommensteuer allein erreicht werden kann. Wie etwa das Kindergeld beweist. Wo keine oder nur ganz geringe Einkommensteuern bezahlt werden müssen, bewirken Nachlässe (so gut wie) nichts. Deshalb zahlt der Staat direkt. Was spricht dagegen, die Funktion der „Familienkassen“, die heute das Kindergeld überweisen, ihrem Namen entsprechend zu erweitern und durch sie entsprechend ein „Verheiratetengeld“ oder „Alleinverdienergeld“ auszuzahlen? Es wäre sogar gerechter. Warum soll ein Besserverdiener mehr Geld aus dem Sachverhalt schlagen können, dass er Kinder hat oder verheiratet ist, als ein Geringverdiener?

Und einfacher würde es schließlich auch. Während heute politisch gewollte Begünstigungen gewisser Gruppen dadurch realisiert werden, dass der Staat ihnen *weniger wegnimmt* (Minus mal Minus gibt Plus), bekämen sie etwas vom Staat direkt (zumal die Methode der „doppelten Verneinung“ ohnehin wie gesagt nicht überall anwendbar ist). Wir hätten beim Geben die gleiche einfache Logik wie beim Nehmen. Der Staat unterstützt, was im Interesse der Gemeinschaft unterstützenswert ist (z.B. die Ehe), und er belastet, was aus im Interesse der Gemeinschaft zurückgedrängt werden muss (Ressourcenverbrauch, Umweltbelastung, Verkehrswahnsinn).

Ein anderer Punkt ist die Förderung der **Spende** für gemeinnützige und wohltätige Zwecke durch ihre Absetzbarkeit von der Steuer. Indem die personenbezogene Steuer generell nicht mehr existiert, fällt auch der „psychologische Anreiz“ Steuerersparnis für die Spende weg. Indes dürfte ein einfaches Gesetz einen gewissen Ersatz schaffen, das den Staat verpflichtet, jeder Organisation, die den Status der Gemeinnützigkeit besitzt, seinerseits eine zusätzliche Unterstützung zukommen zu lassen, die von der Höhe der erhaltenen Spenden abhängig ist.

So wie heute der spendende Bürger den Staat „zwingt“, auf Einnahmen zu verzichten, so würde er ihn nun zu Ausgaben zugunsten der Organisation, die er gern unterstützen möchte, „zwingen“ – auch das dürfte für viele ein „psychologischer Anreiz“ zur Spende sein. Ein Unterschied bleibt jedoch: dieser psychologische Anreiz des kleinen Spenders wäre im Verhältnis genau so groß wie der des großen Spenders.

Die beiden Beispiele deuten an, dass es sehr wohl (nicht übermäßig aufwändige) Möglichkeiten geben sollte, um die wichtigen, gesellschaftlich wünschenswerten Differenzierungen und Förderungen auch in einem neuen System zu etablieren.

Außer Verbrauchssteuern andere Steuerarten notwendig?

Es geht hier um die ‚große Linie‘ eines neuen Steuersystems: die (selbstverständlich nur in zuverlässig und rechtzeitig angekündigten Schritten zu vollziehende) Verlagerung von Einkommensteuern auf (umweltrelevante) Verbrauchssteuern. Hieraus resultiert eine massive Verschiebung der Kostensignale für Wirtschaft und privaten Konsum. Was es sonst noch an kleineren Steuern gibt (Tabaksteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer u.a.), ist nicht Gegenstand der Betrachtung. Was den Solidaritätszuschlag betrifft, so wäre sie in einem nicht mehr personenbezogenen Steuersystem ein einsames Relikt und völlig deplaziert; ein Ersatz dafür in einem Verbrauchssteuersystem bedarf keiner großen Phantasie.

Auch die im Zusammenhang einer Neuausrichtung der Marktwirtschaft und der Kapitalismuskritik diskutierte Anti-Spekulations-Steuer (die sog. Tobin-Steuer²²) oder die Forderung nach einer Vermögenssteuer klammere ich hier aus. Sie bilden ein wichtiges Thema für sich. Nur so viel: Eine Anti-Spekulationssteuer ist, da sie ebenfalls an den Kauf oder Verkauf bestimmter „Wertpapiere“ gekoppelt ist, ebenfalls nicht personenbezogenen und insofern von der methodischen Handhabung her mit einem Steuersystem, das keinen direkten Bezug zur Einzelperson hat, voll kompatibel. Von der Sache her halte ich sie für eine vernünftige und dringend notwendige Steuer. Eine Vermögenssteuer hingegen wäre die einzige dann noch verbleibende personenbezogene Steuer. Aus meiner Sicht erledigt sie sich von selbst, wenn die eigentliche politische Aufgabe bewältigt wird: die Korrektur des Geldfehlers, der zu sich selbst alimentierenden Vermögen aufgrund wachsender „Einkommen auf Vermögen“ führt (vgl. „Das Geld und die Frage der gerechten Verteilung“).

Bleibt nicht unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit auf der Strecke?

Wenn unsere Unternehmen mehr Geld für Energie, Emissionen, Abfallentsorgung usw. zahlen müssen, geraten sie nicht ins Hintertreffen gegenüber der internationalen Konkurrenz?

Die Unternehmen werden durch Energiesteuern usw. belastet, auf der anderen Seite aufgrund des Wegfalls der Lohn- und Einkommensteuer entlastet. So könnte sich dieses Modell - zumindest im Durchschnitt der Unternehmen - insgesamt als kostenneutral darstellen (nur die innere Struktur der Kosten wäre verändert und damit die Kostensignale für die wirtschaftlichen und die ihr vorgelagerten wissenschaftlich-technischen Aktivitäten), und insofern sogar ein Stück weit im nationalen bzw. europäischen Alleingang tragfähig sein. Zumal in einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ die sog. internationale Wettbewerbsfähigkeit ihren alles überragenden Stellenwert verlieren wird (vor allem weil bei mehr Kostenehrlichkeit beim Transport die regionalen Märkte gegenüber dem sog. Weltmarkt an Bedeutung gewinnen). In letzter Konsequenz ist es jedoch wünschenswert und

²² Vgl. z.B. Martin/Schumann: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt, Reinbek 1998, S.118ff

unvermeidlich, dass in Steuerfragen weltweit im Prinzip einheitliche Regelungen gefunden werden. Aber das ist ein fernes Ziel. Mittelfristig geht es um Europa.

Doch was besagt hier, wie es für das „durchschnittliche“ Unternehmen aussieht? Die Energieintensität z.B. (d.h. der Energiebedarf pro Wertschöpfung) der Unternehmen ist sehr unterschiedlich. Die Grundstoffindustrie wäre massiv benachteiligt und nicht mehr wettbewerbsfähig.

Noch einmal zur Klarstellung: Die Veränderung des Steuersystems erfolgt nicht von heute auf morgen. Hier muss in der Größenordnung von Jahrzehnten gedacht werden. Unter dem Druck der sich kontinuierlich und mit Planungssicherheit für die Unternehmen zuspitzenden Kostensituation in Bezug z.B. auf die Energie soll energiesparender Fortschritt vorangetrieben werden. Es ist das erklärte Ziel, dass energieintensive Unternehmen nach und nach ‚verschwinden‘, sei es, indem es ihnen durch entsprechende technische Innovationen gelingt, mit weniger Energie zu produzieren, sei es, dass sie ausscheiden. Die Reduzierung energieintensiver Produktionszweige ist ganz im Sinne des Erfinders. Es soll ja auch eine weniger energieintensive Konsumstruktur erreicht werden, z.B. eine, für die wegen höherer Reparaturfreundlichkeit der Geräte weniger Energie (und Rohstoffe) und mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Aber würden nicht einfach energieintensive Produktionen ins Ausland „verschwinden“? Das ist vordergründig sicher so. Aber dafür würden sich personalintensive Produktionen eher bei uns ansiedeln. Was das Ausland betrifft, so werden sich die anderen Länder bzw. außereuropäischen Wirtschaftsregionen bedanken, all die Unternehmen zu bekommen, die energieintensiv und umweltbelastend sind und dabei nur wenige Arbeitsplätze schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass andere Länder, wenn hier Deutschland (bzw. Europa) eine Vorreiterrolle übernähme, unter dem Druck der eigenen Probleme mit der Arbeitslosigkeit wie der Umweltzerstörung in einen gemeinsamen Lernprozess hineingezogen würden.

Ein nachhaltiges Steuermodell für den Staat? – oder: Legt der Staat nicht seine Steuerquellen systematisch trocken?

Wenn die neuen Steuern im Sinne des Erfinders wirken und z.B. die Umweltbelastung reduzieren, verringern sich die Steuereinnahmen. Der Staat hat ein lachendes und ein weinendes Auge.

Das ist ohne Zweifel richtig, aber im jetzigen System mindert die Erhöhung der Arbeitslosigkeit die Staatseinnahmen, während gleichzeitig durch eben diese Arbeitslosigkeit die sozialen Lasten des Staates steigen. Im neuen Modell jedoch würden bei einem Rückgang der Staatseinnahmen z.B. aus Umweltsteuern *nicht* gleichzeitig gerade deshalb die ökologischen Lasten des Staates steigen. Im Gegenteil. Oder nehmen wir die Transportsteuer. Gelingt es hierdurch, den ausufernden Verkehr einzudämmen, so blieben dem Staat Milliardenausgaben erspart, die er heute für Infrastruktur, Straßen- und Autobahnausbau usw. ausgeben muss.

Steuern sind dann ‘richtig’ ausgerichtet, wenn sie dann erhöht anfallen, wenn die entsprechenden Schäden kompensiert werden müssen, und wenn sie dann niedriger werden, wenn auch die Schäden, die kompensiert werden müssen, geringer sind.

Zugegeben, dieses Prinzip ist sehr vereinfachend. Gerade im ökologischen Bereich können Schäden mit Zeitverzögerung auftreten. Unter Umständen häufen sich z.B. die Schäden durch Wetterkatastrophen zu einem Zeitpunkt, wo die klimabelastenden Emissionen schon sehr zurückgeschraubt worden sind. Soll man dann gewissermaßen als Strafe für alle Sparanstrengungen die verbleibenden geringen Emissionen extrem hoch besteuern? Nun, es ist heute nicht unsere Aufgabe, uns den Kopf zu zerbrechen über die gerechte Finanzierbarkeit staatlicher Aufgaben in katastrophalen Situationen, sondern zu überlegen, wie ein Steuersystem aussehen muss, dass nach Möglichkeit in eine nichtkatastrophale Richtung steuert.

Sind Lenkungssteuer nicht grundsätzlich abwegig?

Manche Experten halten Lenkungssteuern grundsätzlich für einen Irrweg, der keine sicheren Staatseinnahmen bringe. Der Versuch, z.B. die Finanzen des Staates durch Erhöhung der Tabaksteuern zu verbessern, führt zum genauen Gegenteil.

Dagegen stellt sich jedoch die Frage: Gibt es auch Steuern, die nicht lenken? Auch die Lohnsteuer lenkt, indem sie die Arbeit verteuert und damit ihre Reduzierung profitabler für die Unternehmen macht. Auch die Lohnsteuer trägt also über ihre Steuerwirkung dazu bei, dass die Einnahmen für den Staat spärlicher fließen. Das Problem der Steuerung und der Sicherung der notwendigen Staatseinnahmen stellt sich bei jedem Steuersystem. Entscheidend ist die Frage, ob das Steuersystem in eine zukunftsfähige Richtung steuert. Wenn diese große Aufgabe gelingt, wird es für den Staat ein Kleines sein, seine Aufgaben zu finanzieren.

Neue soziale Härten?

Wie steht es mit der Gerechtigkeit am unteren Ende der Einkommenskala? Dort beansprucht man relativ wenig Produkte, in denen viel Arbeit steckt, und relativ viel Massenprodukte mit hohem Energieeinsatz. Wenn zudem Heizkosten und Benzinpreise steigen, Mautgebühren anfallen, sind es dann nicht die ohnehin Benachteiligten, die die Zeche bezahlen?

Erstens und grundlegend: In einem System, in dem es mehr Arbeit gibt, werden niedrige Löhne weniger leicht durchsetzbar sein. Zweitens ist es dem Staat unbenommen, für soziale Härtefälle intelligente Ausgleichsmechanismen zu schaffen. Die Hilfe für Einkommensschwache durch Nachlass bei der Energiesteuer (z.B. auf Heizöl) oder einen „Sozialtarif“ bei Strom zu realisieren, wäre allerdings ein Schildbürgerstreich. Vernünftiger hingegen wäre ein „Energiegeld“, das unabhängig von Heizöl- und Stromverbrauch ausbezahlt würde, so dass der Anreiz, Energie zu sparen, erhalten bleibt.

Solange die Verbrauchssteuern im Rahmen dessen bleiben, was an personenbezogenen Abgaben wegfällt, und insofern die Produkte im Durchschnitt nicht teuer werden, mag es noch angehen. Was aber, wenn eines Tages angesichts sich zuspitzender ökologischer Probleme die ökologischen Verbrauchssteuern unverhältnismäßig angehoben würden? Wäre das dann nicht ein schmerzhafter Verlust an Realeinkommen, besonders für Einkommensschwache.

Unter solchen Bedingungen wäre eine „Rückverteilung nach Köpfen“²³ der staatlichen Mehreinnahmen aufgrund der Steuererhöhung eine denkbare Lösung. Alle Individuen blieben dadurch finanziell in der Lage, wie bisher durch ihren Konsum Ressourcen und

²³ Vgl. Dirk Löhner: Die Plünderung der Erde, a.a.O. S.339

Umweltbelastung in Anspruch nehmen zu können. Der finanzielle Anreiz zu einem ökologischen Lebensstil bliebe erhalten. Wer sparsamer und ökologisch rücksichtsvoller lebt als der Durchschnitt, würde finanziell gewinnen, wer verschwenderischer und rücksichtsloser lebt, draufzahlen.²⁴

Ausschluss der Ärmeren von Luxus und Fortschritt?

Hohe steuerliche Belastung energieintensiver Güter, hohe steuerliche Belastung von Transport und Verkehr (bzw. Wegfall entsprechender Subventionen, und natürlich auch Wegfall der Steuerbefreiung für Flugbenzin), eventuell höhere Mehrwertsteuersätze bei Luxusprodukten usw. – das alles läuft doch darauf hinaus, dass so manches, was Spaß macht (schnelle Autos, weite Auslandsreisen usw.), im Verhältnis sehr viel teurer wird und sich nur noch die Besserverdienenden leisten können?

Hinter dieser Sorge steht das alte „sozialdemokratische“ Argument. Es ist in sich widersinnig. Würde man aus Gründen sozialer Gerechtigkeit das Prinzip befolgen, dass alles, was sich heute die Einkommensstarken leisten, morgen möglichst viele und übermorgen möglichst alle leisten können müssen, wäre die Erde bald ruiniert. Das ist schon deshalb kein vernünftiges Prinzip, weil es prinzipiell nicht durchhaltbar ist. Es gibt nicht verallgemeinerungsfähige Güter, man hat sie auch positionelle Güter genannt, die unaufhebbar begrenzt sind. An einem Seeufer in einer Villa zu leben, ist ein Beispiel. Gewisse Reiche genießen dieses Glück. Daraus ableiten zu wollen, dass irgendwann alle Menschen in einer Villa am Seeufer leben können müssen, ist absurd. Der entscheidende Punkt ist: Was wollen wir als ein verallgemeinerungsnotwendiges Gut ansehen und was nicht? Sehen wir weite Auslandsreisen drei- oder viermal im Jahr für verallgemeinerungsnotwendig an, weil zu einem würdigen Dasein unabdingbar gehörend, dann haben wir in der Tat ein Problem. Sehen wir im Recht auf ein Leben in Freiheit, Würde, ohne Hunger, ohne Kinderarbeit, ohne Verfolgung usw. ein verallgemeinerungsnotwendiges Gut, so haben wir hier kein Problem, aber ... eine große Aufgabe. Die eigentliche Aufgabe, die sich aus dem Prinzip Gerechtigkeit ergibt!

Hat Deutschland einen Spielraum für einen Sonderweg?

Wenn alle ein ähnliches neues Steuermodell hätten, wäre das sicher wunderbar. Aber die Hoffnung darauf ist illusorisch. Und Deutschland ist doch als rohstoff- und energiearmes Land von seinen Exporten abhängig und hat insofern gerade einen besonders geringen Spielraum, eigene Wege zu gehen.

Dieser anscheinend unumstößliche und unverdächtige Basissatz deutscher Politik ist das tausendfach benutzte Totschlagargument gegenüber allen Neuansätzen. Es ist nicht

²⁴ Dieses Modell der „Rückzahlung nach Köpfen“ würde noch eine ganz andere Dimension gewinnen, wenn es nicht nur um Steuern – also einen Teil des Preises für Ressourcenbeanspruchung – ginge, sondern um den ganzen Preis. Man stelle sich dazu vor, dass es der Menschheit gelingt, die natürlichen Güter (die kein Mensch geschaffen hat, und die deshalb auch keiner Privatperson gehören dürften), also alle natürlichen Ressourcen vom Boden über die Rohstoffe bis zur Aufnahmekapazität der Natur für unsere Abfälle) zum Gemeineigentum der Menschheit zu machen und ihre Beanspruchung durch eine (bei der UN angesiedelte) unabhängige Treuhandinstitution an (private) Nutzer zu versteigern. Würde man die dadurch eingenommenen Gelder an alle Menschen verteilen, entstünde ein „Grundeinkommen“, das jedem Menschen als Teil der Menschheit moralisch zusteht und jedem finanziell eine durchschnittliche Teilhabe an den natürlichen Gütern ermöglicht. Als Teilkonzept ist diese „Utopie“ in Kap. 4.5 „Teilhabe aller an Grund und Boden“ beschrieben. Zum erweiterten Modell des Gemeineigentums aller Umweltgüter vgl. Dirk Löhr: Umweltgüter als Common Property Resources, in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, 1/2008, 49-75

stichhaltig. Würden wir eine systematische, konsequente Politik der Energieeinsparung, des Recycling, der Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit unserer Produkte betreiben – und genau diesen Dingen dient die hier vorgeschlagene Neuordnung der Besteuerung auch -, dann würde unsere Armut an Energie und Rohstoffen viel geringer wiegen.

Und was die Hoffnung auf gemeinsame neue Wege in der Welt betrifft, so mag man sie für illusorisch halten. Ich halte es für arrogant, sie von vornherein abzutun. Und für dumm, den Reichtum eigener Ideen nicht zu nutzen, nur weil man die anderen Länder für ideenarm und borniert hält. Wir sind nun wirklich nicht das einzige Land der Welt, in dem angesichts wachsender Probleme über eine grundsätzliche Umorientierung nachgedacht wird.

Ich breche die Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden gegen die Neuorientierung des Steuersystems hier ab. Dass es sich hier um einen tief greifenden Einschnitt handelt, steht außer Frage, und es wäre vermessen, den Anspruch zu erheben, auf alle möglichen konkreten Einwände und Detailfragen schon eine befriedigende Antwort zu haben.

Jede Diskussion über diese Ideen ist sowieso Zeitverschwendung. Das alles ist doch von vornherein absurd. Die Energie künstlich zu verteuern – das bedeutet, den wichtigsten Treibstoff für den gesamten Wirtschafts- und Entwicklungsprozess zu drosseln. Oder Transport und Verkehr zu verteuern – das ist Sand in Betriebe, Sabotage am Handel und Wandel, am Motor des ganzen ...

Neben einzelnen konkreten Fragen und Einwänden gibt es so etwas wie eine diffuse und (vielleicht gerade deshalb) äußerst wirksame ideologische Widerständigkeit gegen eine solche Steuerreform, weil sie den überkommenen, sehr tief sitzenden Leitbildern und Grundüberzeugungen in unserer Gesellschaft widerspricht – vor allem dem herrschenden negativen Arbeitsbild sowie dem Bild von der führenden Rolle der Energie und der Mobilität im Fortschrittsprozess. Hier sind weit reichende Umorientierungen notwendig, die – trotz offenkundiger Vorteile des neuen Systems – vielen nicht leicht fallen werden. Aber ohne ein neues, positives Bild von der Arbeit des Menschen, ohne eine grundlegende Aufwertung der (umfassenden, nicht nur ökonomischen) Effizienz der Energienutzung und ohne ein kritisches Verhältnis zur „Auflösung des Raumes“ durch immer mehr Mobilität ist ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit gar nicht denkbar. Diese Thematik wird im Artikel „Die Mythologie der Neuzeit – das ideologische Hindernis für ein anderes Steuersystem“ (www.mueller-reissmann.de) behandelt.